



# Brief aus Straßburg



## Aktuelle Informationen von Rainer Wieland MdEP

Abgeordneter für die Region Stuttgart und Heilbronn  
Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Nr. 211  
Januar 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Europäische Parlament startete in dieser Woche in ein neues Jahr, das einige Herausforderungen mit sich bringen wird. Neben der Flüchtlingskrise lassen uns die politischen Entwicklungen in Polen hellhörig werden. Daher haben wir im Parlament über die aktuelle Lage in Polen und das im Rahmen der jüngsten Vorkommnisse eingeleitete EU-Verfahren gegen das Land diskutiert. In Anwesenheit der polnischen Ministerpräsidentin Beata Szydło betonten die Abgeordneten den hohen Stellenwert der Rechtsstaatlichkeit für die Demokratie in Europa. Während laut der polnischen Premierministerin sich diese nicht in Gefahr befindet, stellten die europäischen Abgeordneten die Unabhängigkeit der Gerichte und der Medien als Kernbestand des europäischen Gesellschaftsmodells dar. Inwiefern dies eine Angelegenheit der EU und der Grundsatz der Gewaltenteilung verletzt ist, gilt es nun in dem EU-Verfahren durch einen konstruktiven Dialog herauszufinden.



Quelle: Europäisches Parlament

Mit dem neuen Jahr wechselt auch die Präsidentschaft des Europäischen Rats. Die Niederlande werden in den kommenden sechs Monaten den Vorsitz übernehmen. Der niederländische Premierminister Mark Rutte erläuterte vor den Parlamentariern in Straßburg die Prioritäten der kommenden Amtszeit. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen standen die Herausforderungen der Flüchtlingskrise. Zu deren Bewältigung müssten zunächst die Außengrenzen der Europäischen Union effektiv geschützt und bereits getroffene Abkommen mit der Türkei umgesetzt werden. Darüber hinaus liege der Fokus der niederländischen Ratspräsidentschaft unter anderem auf der Stabilisierung der Eurozone, auf der Erzeugung von Wachstum und Beschäftigung sowie der Reduzierung übermäßiger Regelungen in der EU.

Mit europäischen Grüßen aus Straßburg

*Respekt  
Rainer Wieland*

■ **Terrorismusgefahr muss bekämpft werden**  
Die Parlamentarier debattierten am Donnerstag über Möglichkeiten die steigende Terrorismusgefahr in Europa zu bekämpfen. Im Zentrum der Diskussion standen ein wirksamer Schutz der EU-Außengrenzen und ein verbesserter Informationsaustausch zwischen den

E-Mail: [rainer.wieland@ep.europa.eu](mailto:rainer.wieland@ep.europa.eu) • Internet: [www.mdep.de](http://www.mdep.de) • [www.facebook.com/Wieland.mdep](https://www.facebook.com/Wieland.mdep)

### CDU-Europabüro Region Stuttgart

Dornierstraße 17  
D-70469 Stuttgart  
Tel.: (49) 711/80 60 74 8 80  
Fax: (49) 711/80 60 74 8 94

### Europäisches Parlament

LOW T 12.037  
Allée du Printemps  
F-67070 Straßburg  
Tel.: (33) 388 17 5545

### Deutscher Bundestag

Wilhelmstr. 60  
Zimmer 0.19  
D-11011 Berlin  
Tel.: (49) 30 227 71 771

### Europäisches Parlament

ASP 14 E 102  
Rue Wiertz 60  
B-1047 Brüssel  
Tel.: (32) 2 284 7545  
Fax.: (32) 2 284 9545

Mitgliedstaaten. Dies bezieht sich etwa auf den Austausch von Fluggastdaten sowie auf eine effektive Zusammenarbeit mit Europol und anderen europäischen Agenturen. Dabei muss die Debatte über Wege zur Terrorbekämpfung deutlich von dem Umgang mit wachsenden Migrationsströmen abgegrenzt werden. Weitere Informationen zu der Debatte finden Sie [hier](#).

### ■ **Bessere Rechte beim Online-Kauf**

Die europäische Kommission hat zwei Richtlinien zum Warenhandel und zur Bereitstellung digitaler Güter vorgelegt. In diesem Rahmen soll der europaweite Zugang zu Waren und Dienstleistungen aus dem Internet verbessert werden. Während 44% der Verbraucher Güter im Inland über das Internet bestellen, nutzen nur 15% der Käufer Angebote von Anbietern aus dem EU-Ausland. Geplant ist eine Umkehr der Beweislast für Verbraucher, falls Produkte einen Defekt aufweisen sowie klarere und spezifischere Vorgaben für digitale Verbraucherrechte. Auch für Unternehmen werden sich Chancen auftun. Weitere Informationen zu den Richtlinien sind [hier](#) ersichtlich.



Quelle: Tim Reckmann/Pixelio.de

### ■ **EU und der Kosovo kommen sich näher**

Mit dem am Donnerstag abgestimmten Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen nähern sich die EU und der Kosovo an. Das ist einen bedeutender erster Schritt in Richtung der Integration der Republik Kosovo in die EU. Damit können politische und wirtschaftliche Verbindungen vertieft und die Zusammenarbeit in vielen Bereichen, inklusive Energie, Umwelt, Justiz und Inneres ausgebaut werden. Weiteres erfahren Sie [hier](#).

### ■ **Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit**

Die hohe Jugendarbeitslosigkeitsrate stellt eine enorme Bedrohung für die wirtschaftliche und soziale Zukunft der Europäischen Union dar. Aus diesem Grund setzten sich die Parlamentarier dafür ein, Regelwerke zu schaffen, die gezielt die Situation junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt verbessern soll. Die Zusammenarbeit mit kleinen- und mittelständischen Unternehmen dient dem Ausbau individueller Fähigkeiten und Kenntnisse

etwa im Rahmen der dualen Ausbildung oder durch individuelle Mentorenprogramme. Maßnahmen in diesem Bereich sind auszuweiten. Auf diese Weise können persönliche Interessen der Jugendlichen mit den besonderen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes in Einklang gebracht werden. Details zu dem Beschluss finden Sie [hier](#).

### ■ **Wichtiger Schritt für Barrierefreiheit**

Ein neuer Richtlinienvorschlag der Kommission zielt auf die Anpassung der Anforderungen an Produkte und Dienstleistungen im Sinne der Barrierefreiheit ab. Damit soll Menschen mit Behinderung und älteren Menschen die Teilnahme an der Gesellschaft erleichtert werden. Europaweit müssen Pflichten eingehalten werden, die Hindernisse, beispielsweise im Bereich Mobilität, abbauen. Gleichzeitig sollen Unternehmen künftig leichter barrierefreie Produkte und Dienstleistungen grenzüberschreitend anbieten können. Gegenwärtig sind 80 Millionen Menschen in Europa von dem Anwendungsbereich der Richtlinie betroffen. Detaillierte Informationen zu dem Vorschlag können Sie [hier](#) nachlesen.

### ■ **Landwirtschaftliches Einkommen sinkt**

Im europäischen Vergleich ist das landwirtschaftliche Einkommen in Deutschland von 2014 bis 2015 am stärksten zurückgegangen. Für diesen Zeitraum verzeichnete Eurostat einen europaweiten Rückgang des Realeinkommens um 4,3 %, während dieses in Deutschland um 37,6% abnahm. Im Gegensatz dazu konnte in Griechenland ein Zuwachs des Realeinkommens um 12,1% gemessen werden. Weitere Zahlen aus der Statistik sind [hier](#) ersichtlich.

### ■ **Besucherguppen im Januar**

In dieser Woche durfte ich eine Gruppe der Landeszentrale für politische Bildung und des Thomas-Mann-Gymnasiums Stutensee in Straßburg begrüßen. Ebenfalls besuchten mich Schüler der Tobias-Mayer-Schule aus Marbach sowie des Hohenstaufen Gymnasiums aus Göppingen. Die Besuchergruppe von Landtagspräsident Klenk erhielt in einer angeregten Diskussion einen genaueren Einblick in die Arbeitsweisen und den Aufbau der europäischen Institutionen. Haben auch Sie Interesse an einem Besuch im Europäischen Parlament? [Schauen Sie vorbei](#).

E-Mail: [rainer.wieland@ep.europa.eu](mailto:rainer.wieland@ep.europa.eu) • Internet: [www.mdep.de](http://www.mdep.de) • [www.facebook.com/Wieland.mdep](https://www.facebook.com/Wieland.mdep)

#### CDU-Europabüro Region Stuttgart

Dornierstraße 17  
D-70469 Stuttgart  
Tel.: (49) 711/80 60 74 8 80  
Fax: (49) 711/80 60 74 8 94

#### Europäisches Parlament

LOW T 12.037  
Allée du Printemps  
F-67070 Straßburg  
Tel.: (33) 388 17 5545

#### Deutscher Bundestag

Wilhelmstr. 60  
Zimmer 0.19  
D-11011 Berlin  
Tel.: (49) 30 227 71 771

#### Europäisches Parlament

ASP 14 E 102  
Rue Wiertz 60  
B-1047 Brüssel  
Tel.: (32) 2 284 7545  
Fax.: (32) 2 284 9545